

**Osterweiterung - richtig und wichtig, im derzeitigen
Zustand Europas aber nicht durchführbar**

Datum: Fri, 08 Nov 2002 01:14:48 +0100

Von: cenjur@t-online.de

An: Jean-Christophe.Filori@cec.eu.int

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrter Herr Verheugen,

die Osterweiterung muss sein, ist richtig und wichtig, aber nicht in diesem Zustand der EU. Die Osterweiterung wird uns vernichten. Warum, können Sie unserem Bericht entnehmen.

Wir sehen uns als absolute Insider, Kenner der Materie und des EU-Rechts. Wir bearbeiten es und geben es seit 1990 selbst heraus (celex). In Kenntnis der wirklichen, rechtlichen Gegebenheiten (Stand der Umsetzungen von Richtlinien und Verordnungen in den Mitgliedstaaten), halten wir die Osterweiterung für absolut falsch. Frau Wallström, EU-Kommissarin für Umwelt, teilt unsere Auffassung aus genau den gleichen Gründen! So, wie Frau Kommissarin Wallström und ich, sehen es auch andere Bedienstete der EU-Kommission, denen ebenfalls die rechtlichen Grundlagen und deren Nichtumsetzung bekannt sind. Darüberhinaus ist BSE noch immer auf dem Markt und kommt neu wieder auf uns zu, wenn die Osterweiterung durchgeführt wird.

Denn korrupt, wie der Mensch nun einmal ist, hat man das gesamte Risikomaterial, was hierzulande und innerhalb der EU verboten wurde, in die Ostblockländer geschafft. Gleiches gilt im Bereich der atomaren Sicherheit, dem NATO-Standard. Weder sind die Ostblockstaaten bisher auf NATO-Standard hochgerüstet, noch ist die Frage geklärt, was mit dem radioaktiven Material geschieht, was EU-Mitgliedstaaten für billiges Geld dorthin entsorgt haben. Mag sein, dass die Industrie wieder einmal einen Riesendeal macht, wie bei der Währungsumstellung innerhalb einer Rezession in wesentlichen Staaten - das ist ja wohl auch der eigentliche Sinn und Zweck der Übung.

Trotz meiner fast 53 Jahre bin ich lernfähig. Klären Sie mich auf und sagen mir, dass das nicht stimmt. Erklären Sie mir, warum es nicht stimmt, und Sie werden mich an Ihrer Seite wissen. Beginnen Sie damit, wer die Atomrichtlinie 618 aus 1989 (!!!) bisher in nationales Recht umgesetzt hat und gegen wen die Kommission endlich ein Vertragsverletzungsverfahren

ren eingeleitet hat (gegen Frankreich, wo 58 Atommeiler stehen - und gerade die haben diese wesentliche Richtlinie bis heute nicht umgesetzt). Auch Deutschland hat diese Richtlinie bis heute nicht korrekt umgesetzt, so dass Frau Wallström noch recherchiert!

Hinterfragen Sie die Emissionrichtlinie, die Düngemittelrichtlinie, wer diese bisher in nationales Recht umgesetzt hat und wer nicht, mit welchem Kostenaufwand sie noch in nationales Recht umzusetzen ist. Und:

klären Sie endlich das Sprachenproblem - die englischen Muttersprachler sind in einem absoluten Wettbewerbsvorteil, der bei keinem Staat ausgeglichen wird. Englisch oder französisch herrscht in der EU vor. Schlimm war es, als BSE auf den Markt kam und den Veterinärmedizinern an wesentlichen Stellen nur englischsprachiger Text zur Verfügung stand. Wäre da nicht sofort Kommissar Byrne hilfreich eingesprungen, als wir ihn riefen, wäre Schlimmeres passiert. Trotzdem ist es schlimm genug für die Bürger, die über den EU-Betritt nicht selbst entscheiden durften, sondern über die einfach seitens der Industrie bestimmt wurde (wie dies jetzt schon wieder in der Osterweiterung sein soll). Dann soll dem Bürger auch wenigstens alles in seiner Landessprache zur Verfügung stehen.

Stocken Sie lieber den Dolmetscherdienst auf, statt ihn herunterzufahren. Transparenz ist das Gebot der Stunde, nicht Vertuschen. Der Bürger hat ein Recht auf kostenfreie Information, dazu noch in seiner Landessprache. Sollte die EU das nicht leisten können, soll sie es nur laut sagen, dann kann der Bürger wenigstens reagieren.

Hier die in Text erwähnten Links:

<http://www.bundestag.de/aktuell/bp/2000/bp0010/0010032.html>

Kommissarin Wallström im Deutschen Bundestag zur Osterweiterung

<http://www.seidl.de/europa/osterweiterung.htm>

cenjur zur Osterweiterung im Juni 2001

<http://www.seidl.de/pages/schauble.htm>

nicht umgesetzte EU-Richtlinien - Mitteilung an Wolfgang Schäuble Juli 1999

<http://www.seidl.de/europa/sprachen.htm>

Sprachenbenachteiligung der nicht englischsprachigen Muttersprachler

Gudrun Seidl, cenjur

CE juristisch-politisches Info-Magazin

http://www.cenjur.de/cenmag/senff_emk.htm

Telefon: +49 160 9977 1298 (D1-Netz) – Fax: +49 7633 101568